



Positionspapier der
Bundesarbeitsgruppe Rohstoffpolitik

Sichere Rohstoffversorgung als Grundlage von Industrie, Resilienz und Wachstum

Stand: März 2026

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Sichere Rohstoffversorgung als Grundlage von Industrie, Resilienz und Wachstum

Die sichere Versorgung mit Rohstoffen ist in den vergangenen Jahren in den Fokus von Politik und der breiten Wirtschaft gerückt. Die geopolitischen Implikationen von Konzentrationen beim Rohstoffabbau und der Rohstoffverarbeitung auf wenige Staaten wurden in Europa erkannt. Außerdem führen technische Innovationen und umweltpolitische Zielstellungen zu einer hohen Dynamik in der Rohstoffwirtschaft. Klar ist: Die verlässliche Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt industrieller Wertschöpfung und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschlands, sondern auch eine Frage der Resilienz Europas.

Diese Resilienz erfordert eine strategische Diversifizierung der Bezugsquellen, den Aufbau von Lagerkapazitäten, die Entwicklung eigener Abbauprojekte sowie den Erhalt wesentlicher energieintensiver Primärprozesse in Europa. Um diese Ziele zu erreichen, sollten staatliche Stellen – analog zu erfolgreichen Modellen anderer Industriestaaten (JOGMEC, DLA Strategic Materials) – geeignete finanzielle und institutionelle Kapazitäten bereitstellen. Es ist notwendig, eine leistungsfähige Rohstoffagentur auf nationaler und europäischer Ebene aufzubauen, oder bestehende Institutionen mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten.

Gleichzeitig hat Deutschland in den vergangenen Jahren bei rohstoffnahen Wertschöpfungsketten spürbar an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Hohe Energiepreise, steigende regulatorische Anforderungen und langwierige Genehmigungsverfahren führen dazu, dass Investitionen in Gewinnung, Verarbeitung und Recycling zunehmend außerhalb Europas stattfinden. Diese Entwicklung gefährdet industrielle Substanz, Innovationskraft und strategische Handlungsfähigkeit gleichermaßen.

Zunehmend rückt ins gesellschaftliche Bewusstsein, dass Rohstoffe am Anfang aller Wertschöpfungsketten stehen. Bei der Produktion von Alltagsprodukten sind sie ebenso unerlässlich wie bei der Dekarbonisierung der Energieversorgung, der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und der Herstellung sicherheitsrelevanter Güter. Dem Rechnung tragend legte die Europäische Union mit dem Critical Raw Materials Act ambitionierte Ziele fest. Ab 2030 sollen die europäische Rohstoffexploration und Rohstoffgewinnung 10 Prozent, Rohstoffverarbeitung 40 Prozent und die europäische Recyclingwirtschaft 25 Prozent der Rohstoffversorgung der EU bereitstellen. Die deutsche Rohstoffwirtschaft steht bereit, diese Ziele zu erreichen, allerdings müssen hierzu wesentliche regulatorische Hürden abgebaut und mehr Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen werden. Die ambitionierten Ziele sind zudem nur erreichbar, wenn wettbewerbsfähige Kosten- und Preisstrukturen entlang der gesamten Wertschöpfungskette gewährleistet sind.

Vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass laut Koalitionsvertrag im Bereich von mineralischen, nicht-energetischen und oberflächennahen Rohstoffen Planungs- und Genehmigungsverfahren erleichtert werden, um die Versorgung sicherzustellen. Zudem ist auch die kosteneffiziente

Verfügbarkeit von Ressourcen, die fossilen Kohlenstoff ersetzen und das Etablieren dieser alternativen Sekundärrohstoffe als strategische Säule essenziell für die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa. Um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft gewährleisten zu können, muss die sichere Rohstoffversorgung, die primäre Produktion sowie die effiziente Rohstoffnutzung integrativer Bestandteil einer industriepolitischen Gesamtstrategie für Wachstum und Innovationen werden. Rohstoffsicherung und effizienter Rohstoffeinsatz sollten mit marktwirtschaftlichen und technologieoffenen Instrumenten – sowohl bei Primär- als auch bei Sekundärrohstoffen – vorangetrieben werden, damit die geeigneten Rohstoffe ökologisch und wirtschaftlich verantwortlich genutzt werden können.

Gewinnung und Verarbeitung heimischer Rohstoffe kosteneffizient und umweltverträglich ermöglichen

Die heimische Rohstoffwirtschaft sichert Wohlstand und Beschäftigung oftmals besonders in strukturschwachen Regionen und erhält lokale Wertschöpfungsketten aufrecht. Für die Exploration und Gewinnung von Rohstoffen hat Deutschland höchste internationale Umwelt- und Sozialstandards. Neben der Vermeidung von Emissionen setzt die Gewinnung heimischer Rohstoffe daher auch internationale Maßstäbe für eine umweltverträgliche Rohstoffförderung. Die heimischen Vorkommen und die bestehenden Hüttenkapazitäten können den Bedarf bei einigen Rohstoffen vollständig decken oder wesentlich zur Deckung beitragen. Allerdings gefährden verschärfte Wettbewerbsbedingungen – etwa durch hohe Energiekosten, übermäßige Bürokratie und komplexe Regulierungen – bestehende Wertschöpfungsketten im Hinblick auf Sand, Kies, Kalkstein, Gips sowie Aluminium, Chrom, Kupfer, Germanium, Lithium, Magnesium und weitere Metalle und Mineralien, insbesondere energieintensive Grundstoffe und Primärprodukte. Gleichzeitig bleiben weitere heimische Rohstoffpotenziale bislang unzureichend erschlossen. Der Wirtschaftsrat fordert:

- **Wettbewerbsfähige Kostenstrukturen für heimische Rohstoffgewinnung sicherstellen:** Hohe Energiepreise, Abgabenbelastungen und regulatorische Zusatzkosten benachteiligen die Gewinnung heimischer Rohstoffe im internationalen Wettbewerb. Diese strukturellen Standortnachteile müssen gezielt abgebaut werden, wenn Investitionen, Wertschöpfung und Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa gesichert werden sollen.
- **Verarbeitungskapazitäten in Deutschland und Europa gezielt stärken:** Neben der Gewinnung ist insbesondere die energieintensive Aufbereitung und Veredelung von Rohstoffen ein strategischer Engpass. Wettbewerbsfähige Energiepreise, verlässliche Investitionsbedingungen und planbare Genehmigungsverfahren sind Voraussetzung, um industrielle Wertschöpfungstiefe und Versorgungssicherheit dauerhaft im europäischen Binnenmarkt zu sichern.
- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren:** Mit dem Bundesberggesetz und dem sonstigen anwendbaren Genehmigungsrecht (BImSchG, WHG, BauGB, BBodSchG, BNatSchG u.a.m.) hat Deutschland einen etablierten Rahmen geschaffen, der die Exploration und Gewinnung von Rohstoffen ermöglicht und dabei eine umfassende Anwendung des Umweltrechts gewährleistet. In der Verwaltungspraxis erstrecken sich viele Genehmigungsverfahren jedoch über zehn Jahre und mehr und sind durch sich laufend verändernde Anforderungen und Prozessklagen mit hoher Rechtsunsicherheit verbunden. Dies untergräbt Planungs- und Investitionssicherheit und gefährdet sowohl eine effiziente und umweltverträgliche Exploration und Gewinnung von Rohstoffen als auch die in Deutschland angesiedelte Weiterverarbeitung und Primärproduktion energieintensiver Rohstoffe. Eine kritische Überprüfung der für Genehmigungsverfahren zu erstellenden Fachgutachten und der erforderlichen Prüftiefen der jeweiligen Gutachten ist sowohl für die Exploration und Gewinnung als auch für Rohstoffverarbeitungs- und

Industrieanlagen vorzunehmen, um regulatorische Verschlinkungen und Vereinheitlichungen umzusetzen. Die im Critical Raw Materials Act anvisierte Digitalisierung der Genehmigungsverfahren für Exploration und Gewinnung von Rohstoffen sowie die Zusammenlegung der behördlichen Zuständigkeiten muss zeitnah im Sinne einer Beschleunigung umgesetzt werden.

- **Rohstoffzugänge über Instrumente der Raumordnung sichern:** Die Exploration und Gewinnung von Rohstoffen ist standortgebunden und kann nur dort erfolgen, wo Rohstoffe in ausreichendem Umfang geologisch vorhanden sind. Daher sind sie von überragendem öffentlichem Interesse zum Erhalt des Wirtschaftsstandortes. Mithilfe innovativer Abbautechnologien konnten Unternehmen zudem ihre Effizienz bei der Flächennutzung optimieren und Flächen schon während des laufenden Betriebs wieder nutzbar machen. Aufgrund der steigenden Konkurrenz um diese Flächen mit anderen Nutzungsformen gilt es, bestehende Instrumente der Raumordnung zu nutzen, um Zugänge zu Rohstoffen sowie deren Sicherung durch die Raumordnung langfristig zu gewährleisten – flankiert durch eine strategische externe Beschaffung kritischer Rohstoffe. Dies betrifft auch Rohstoffvorkommen, deren Gewinnung heute wirtschaftlich oder technologisch noch nicht möglich ist. Rohstoffvorkommen sollten bedarfsunabhängig in Regional- und Landesplänen ausgewiesen werden. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten zur Vereinbarung bundesländerübergreifender Leitlinien für die effektive Rohstoffsicherung in der Raumordnung, wie in § 17 Abs. 3 ROG vorgesehen, genutzt werden.
- **Vereinbarkeit von Rohstoffgewinnung und Umweltschutz praktikabel ausgestalten:** Die Exploration und Gewinnung heimischer Rohstoffe und der Schutz von Natur und Biodiversität stehen nicht im Widerspruch, sondern können bei sachgerechter Ausgestaltung miteinander vereinbart werden. Rohstoffgewinnungsflächen leisten bereits heute einen messbaren Beitrag zur Biodiversität und werden nach ihrer Nutzung vielfach in ökologisch hochwertige Biotope überführt. Vor dem Hintergrund inzwischen geltenden EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur sowie der beschlossenen EU-Regelungen zur Bodenüberwachung kommt es nun entscheidend auf eine praktikable, verhältnismäßige und rechtssichere Umsetzung an. Die nationalen Wiederherstellungs- und Monitoringmaßnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie Planungssicherheit gewährleisten, unternehmerische Investitionen nicht unverhältnismäßig belasten und bestehende rohstoffwirtschaftliche Aktivitäten berücksichtigen. Dazu gehören klare Abgrenzungen zwischen Monitoring-Pflichten und Bewirtschaftungsauflagen, flexible Umsetzungsinstrumente auf Ebene der Mitgliedstaaten sowie die Vermeidung zusätzlicher Bürokratie. Die Prüfung der Möglichkeiten für die Umsetzung eines dynamischen Naturschutzes („Natur auf Zeit“) sollte zeitnah abgeschlossen werden, damit die entsprechende Rechtsverordnung zu § 54 Abs. 10a BNatSchG noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann. Darüber hinaus sollten Regelungen für die Exploration und Gewinnung von Rohstoffen auf Teilgebieten von Natura-2000-Flächen und anderen Schutzgebieten geprüft werden, um so einer Eins-zu-eins-Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien gerecht zu werden. Es sollten daher Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Vereinbarkeit von Umwelt- und Naturschutz mit einer zeitlich vorübergehenden Rohstoffgewinnung stärken. Eine Schwerpunktverschiebung vom Individuen- hin zum Populationsschutz ist dazu ebenso notwendig wie ein Rückbau des Verbandsklagerechts.
- **Industrieemissions- und -umweltrecht praxistauglich ausgestalten:** Zur Rohstoffsicherung gehört neben der Gewinnung auch die energieintensive Verarbeitung und Primärproduktion metallischer, mineralischer und weiterer Rohstoffe. Diese Prozesse sind unverzichtbar für die industrielle Wertschöpfung und strategische Resilienz und können unter klar definierten, umweltverträglichen Rahmenbedingungen betrieben werden. Gleichzeitig stoßen zunehmend

ambitionierte Umwelt- und Emissionsstandards – etwa im Rahmen der TA Luft (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) – in rohstoffintensiven Industrien an technische und physikalische Grenzen. Umweltauflagen müssen daher realistisch, praxistauglich und technisch umsetzbar gestaltet sein, um die Weiterverarbeitung und Primärproduktion in Deutschland und Europa zu erhalten und Investitionen in moderne, emissionsärmere Technologien zu ermöglichen.

- **Rohstoffsteuern verhindern:** Pauschale Steuerungsinstrumente und übermäßige staatliche Eingriffe wie Rohstoffsteuern haben eine fragliche Lenkungswirkung, da die heimische Rohstoffindustrie bedarfsdeckend und nicht bedarfsweckend arbeitet. Rohstoffsteuern würden insbesondere die bereits stark angestiegenen Baupreise weiter antreiben, wodurch insbesondere die öffentliche Hand als einer der größten Auftraggeber für Bauleistungen betroffen wäre. Zudem könnten Rohstoffsteuern Ausweichreaktionen wie höhere Rohstoffimporte nach sich ziehen. Damit würden angesichts eines weiter ansteigenden Rohstoffbedarfs Wertschöpfung und Wohlstand in Deutschland gefährdet, ohne europäisch oder international Natur- und Klimaschutz voranzubringen. Rohstoffsteuern sind daher klar abzulehnen.
- **Rohstofffonds stärken und Finanzierungsinstrumente erweitern:** Mit dem Rohstofffonds wurde ein wirksames Instrument zur Anregung von Investitionen zur Gewinnung, Verarbeitung und zum Recycling kritischer Rohstoffe geschaffen. Das Budget gilt es, deutlich auszuweiten, und den Anwendungskreis so zu erweitern, dass neben der Exploration auch die energieintensive Primärproduktion von Rohstoffen sowie strategische internationale Rohstoffprojekte unterstützt werden können. Ziel muss es sein, Investitionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu mobilisieren und durch Beteiligungen oder Kapazitätssicherungen eine nachhaltige Versorgungssicherheit zu stärken. Zur Finanzierung von KMUs im Bergbau in der Explorations- und Rohstoffgewinnungsphase sollte zudem ein neues Investitionsvehikel eingerichtet werden. Die Fazilität soll Eigenkapital- und/oder Lizenzgebühren-Finanzierungen mit Ticketgrößen bis 25 Mio. Euro bereitstellen, tranchenbasiert entlang klar definierter technischer Meilensteine. Zielgrößen sind die Mobilisierung privater Kofinanzierung und der Aufbau einer Pipeline investitionsreifer Projekte. Der Anwendungsrahmen des Ungebundenen Finanzkredits (UFK) sollte gezielt erweitert werden, sodass auch Explorations- und Rohstoffgewinnungsprojekte in Deutschland förderfähig sind – sofern sie einen nachweisbaren Beitrag zur Versorgungssicherheit und industriellen Wertschöpfung leisten. Eine solche Anpassung würde den UFK von einem rein außenwirtschaftlichen Instrument zu einem strategischen Rohstofffinanzierungsinstrument weiterentwickeln.
- **Versorgungssicherheit auch im Verteidigungsbereich stärken:** Angesichts der vollständigen Importabhängigkeit Deutschlands bei einigen Primärrohstoffen und der langen Vorlaufzeiten neuer Bergbauprojekte ist die Rohstoffversorgung auch sicherheits- und verteidigungspolitisch neu zu bewerten. Bei Beschaffungen für Verteidigungs- und sicherheitsrelevante Zwecke sollten Aspekte der Versorgungssicherheit und Resilienz systematisch berücksichtigt werden. Marktkonforme Anreize zur Entwicklung heimischer Rohstoff- und Verarbeitungskapazitäten können dazu beitragen, strategische Back-up-Kapazitäten aufzubauen, ohne den Wettbewerb zu verzerren.

Rohstoffsicherung international marktwirtschaftlich gewährleisten

Besonders bei vielen metallischen Primärrohstoffen, die für die industrielle Wertschöpfung und die Entwicklung von Zukunftstechnologien entscheidend sind, ist Deutschland derzeit bis zu 100 Prozent von Importen abhängig. Kritische Angebots- und Marktkonzentrationen, die zu stark schwankenden Preisen führen, gibt es insbesondere bei Technologie-Rohstoffen wie Lithium, Kobalt und Seltenen

Erden. Wachsende Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten stellen eine verlässliche Versorgung mit unverzichtbaren Rohstoffen vor steigende Herausforderungen. Dies betrifft auch die energieintensive Primärproduktion zahlreicher Eisen- und Nichteisenmetalle, wie Kupfer, Blei und Aluminium, die nahezu vollständig abhängig vom Import von Konzentraten und Erzen ist. Bei einigen Metallen – beispielsweise Legierungsmitteln wie Nickel, Chrom, Molybdän oder Niob für die Stahlerzeugung – gibt es aufgrund geografisch stark konzentrierter Erzvorkommen und erheblicher handelspolitischer Eingriffe eine hohe strategische Abhängigkeit der deutschen Grundstoffindustrie. Es besteht zudem die Gefahr, dass unverhältnismäßige regulatorische Anforderungen an Rohstoffimporte auf der nationalen Ebene die Beschaffung zusätzlich erschweren und damit auch die Weiterverarbeitung und Primärproduktion in Deutschland beeinträchtigen. Um Rohstoffzugänge für die verarbeitende Industrie international wirksam zu sichern, muss ein marktwirtschaftlich ausgerichteter Ordnungsrahmen vorangebracht werden. Gleichzeitig ist die internationale Rohstoffsicherung durch eine strategische Diversifizierung der Bezugsquellen und eine aktive Flankierung durch Außenwirtschafts- und Außenpolitik zu stärken. Der Wirtschaftsrat fordert:

- **Globale Wettbewerbsgleichheit konsequent vorantreiben:** Viele Staaten greifen durch die Verhängung von Exportzöllen und Ausfuhrrestriktionen sowie die Vergabe von Subventionen vermehrt in internationale Rohstoffmärkte ein und schaffen oder verstärken damit kritische Markt- und Angebotskonzentrationen. Für Unternehmen in Deutschland wird die bezahlbare Sicherung des Rohstoffzugangs damit vermehrt zu einer Herausforderung. Die Bundesregierung sollte sich daher im Rahmen der deutschen und europäischen Außen- und Handelspolitik auch zukünftig konsequent für den Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsbeschränkungen auf multilateraler und bilateraler Ebene einsetzen. Die Verankerung von Rohstoffkapiteln in EU-Freihandelsabkommen und die Stärkung freier und offener Rohstoffmärkte im Rahmen der G20 sind dazu wichtige Schritte. Überwachungsbefugnisse der WTO gilt es zu stärken. Angesichts einer wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen insbesondere in aufstrebenden Volkswirtschaften und der Gefahren einer möglichen Zunahme des Protektionismus muss die Herstellung globaler Wettbewerbsgleichheit Priorität haben. Verteuerungen insbesondere von kritischen und strategischen Rohstoffen für die europäische Weiterverarbeitung durch Instrumentarien wie beispielsweise den CO₂-Grenzausgleich CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) sind sektorspezifisch sorgfältig zu evaluieren und im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der weiterverarbeitenden Industrie als auch die Sicherung der europäischen Resilienz und Verteidigungsfähigkeit anzupassen. In der aktuellen Ausgestaltung schadet CBAM der heimischen Industrie. Die Einführung sollte daher für betroffene Sektoren vorerst ganz ausgesetzt werden.
- **Strategische Rohstoffreserven und institutionelle Handlungsfähigkeit gezielt stärken:** Wie in anderen Industriestaaten bereits praktiziert, muss in Deutschland und Europa der Aufbau einer strategischen Reserve bei wichtigen metallischen Rohstoffen wie zum Beispiel Aluminium, Kupfer, Lithium, Kobalt, Nickel und weiteren Grundstoffen umgesetzt werden. Eine steuerliche Begünstigung der Rohstofflagerhaltung ist dabei ein Schlüsselinstrument, welches zeitnah Anwendung finden soll. Ferner sollte geprüft werden, welche marktkonformen Instrumente der Staat im Ausnahmefall nutzen kann, wenn ausländische Marktmanipulationen die Stabilität heimischer Wertschöpfungsketten gefährden. Zur strategischen Sicherung internationaler Rohstoffketten sollte eine leistungsfähige Rohstoffagentur geschaffen werden – analog zu JOGMEC in Japan oder der DLA Strategic Materials in den USA.
- **Nachhaltigkeit in der Lieferkette unbürokratisch, handhabbar und wirksam umsetzen:** Unternehmen in Deutschland sind sich ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Gestaltung von Lieferketten bewusst. Für eine wirksame Einhaltung international anerkannter Menschenrechte, ökologischer Standards sowie des Arbeitsschutzes in der Lieferkette sind vor allem freiwillige und

branchenspezifische Ansätze anzustreben. Die national oder über den Green Deal vorangetriebenen Vorhaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung stellen allerdings unverhältnismäßige Belastungen dar. Diese gilt es in der laufenden Legislatur zügig und entschieden zurückzubauen. Angesichts erheblicher Rechtsunsicherheiten, Doppelregulierungen und Wettbewerbsnachteile sollte die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) zurückgenommen und durch einen schlanken, risikobasierten und international anschlussfähigen Ansatz ersetzt werden.

- **Rechtsklarheit und Kohärenz im Nachhaltigkeitsrecht sicherstellen:** Unklare Abgrenzungen der CSDDD, insbesondere im Verhältnis zu bestehenden spezialgesetzlichen Regelungen wie der Konfliktrohstoffverordnung, führen zu erheblicher Rechtsunsicherheit – etwa für Unternehmen, die Sekundärrohstoffe bereitstellen und zugleich als Rohstofflieferanten gelten. Doppel- und Überschneidungsregulierungen sind aufzulösen; im Zweifel muss das jeweils spezifischere Fachrecht Anwendung finden, um Investitionen in die Kreislaufwirtschaft nicht zu gefährden. Auch die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) droht durch einseitige europäische Vorgaben Wettbewerbsverzerrungen und erheblichen Bürokratieaufwand zu verursachen, ohne global wirksam zu sein. Nachhaltigkeit erfordert internationale Lösungen sowie digitale, standardisierte Verfahren statt europäischer Insellösungen.
- **Rohstoffpolitik und Entwicklungszusammenarbeit verzahnen:** Um die Menschenrechts- und Umweltbedingungen in Abbauländern wirksam zu verbessern, sollten Instrumente der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit stärker mit der Exploration und Rohstoffgewinnung verbunden werden. Deutsche Unternehmen treiben dank innovativer Technologien und langjähriger Erfahrung im verantwortungsvollen Bergbau die sichere, effiziente und umweltverträgliche Exploration und Gewinnung von Rohstoffen weltweit mit Beratungs- und Technologiedienstleistungen voran. Mit der Unterstützung und Koordination durch das German Mining Network und das Kompetenznetzwerk der Außenhandelskammern können sie dazu beitragen, die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zu erleichtern und steigern. Diese Angebote sollten fortgeführt und auf weitere Regionen, insbesondere das zentrale Afrika, ausgeweitet werden. Gleichzeitig sollten Partnerschaften so ausgestaltet werden, dass sie auch eine verlässliche und langfristige Versorgung der europäischen Weiterverarbeitung und der Primärproduktion mit kritischen Rohstoffen ermöglichen.

Kreislaufwirtschaft effizient und marktwirtschaftlich stärken

Die Kreislaufwirtschaft bietet in Zeiten internationaler Krisen, Kriege oder Handelsbeschränkungen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung des Industriestandorts. Das Recycling von Abfallfraktionen und die entsprechende Substitution von Primärrohstoffen durch Rezyklate tragen außerdem zur Schonung natürlicher Ressourcen bei. Eine marktwirtschaftlich und wettbewerblich orientierte und mindestens europäisch ausgerichtete Kreislaufwirtschaft leistet daher einen ökologisch und ökonomisch wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wertschöpfung, Resilienz und Wohlstand. Gerade in rohstoffintensiven Verarbeitungsindustrien – wie bei Aluminium, Kupfer, Nickel und anderen Metallen – kann hochwertiges Recycling langfristig nur dann einen substanziellen Beitrag leisten, wenn gleichzeitig wettbewerbsfähige Primärproduktion und stabile internationale Rohstoffströme erhalten bleiben.

Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, dass mit einem Umbau der Grundstoffindustrie der Bedarf an qualitativ geeignetem Recyclingmaterial stark steigen wird. Eine mögliche Verknappung der Versorgungslage ist bereits heute absehbar. Der steigenden Nachfrage nach Rezyklaten muss man mit einem Booster der Investitionsbedingungen in der Kreislaufwirtschaft begegnen. Hierfür darf die Kreislaufwirtschaft nicht auf Umweltregulierung reduziert werden, sondern muss als Wirtschafts- und

Resilienzfaktor sowie als möglicher Motor für Innovationen ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Betrachtung rücken und anerkannt werden. Der Wirtschaftsrat fordert:

- **Recyclingfähigkeit bei der Produktgestaltung marktwirtschaftlich weiterentwickeln:** Auf der Grundlage der erweiterten Herstellerverantwortung sollte die Produktgestaltung durch Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette weiterentwickelt werden. Dazu muss insbesondere der Dialog aller betroffenen Akteure über alle Wertschöpfungsstufen hinweg gestärkt werden. Bestehende freiwillige Industrieinitiativen wie die „Circular Economy Initiative Deutschland“ sind zu verstetigen und auszubauen. Daneben sollte die Bundesregierung die Schaffung einer Plattform Kreislaufwirtschaft unter Einbezug von Wirtschaftsverbänden, Normung und Organisationen für Herstellerverantwortung zeitnah umsetzen.
- **Verlässliche Märkte für Recyclingrohstoffe schaffen:** Es gilt, rechtssichere und verlässliche Märkte für Recyclingrohstoffe europäisch auf den Weg zu bringen und den Einsatz von Recyclingrohstoffen grenzüberschreitend effizient zu stärken. Für rohstoffintensive Industrien ist zudem entscheidend, dass Recyclingrohstoffe in ausreichender Qualität und Menge verfügbar sind, um sie technisch in Primär- und Sekundärprozessen einsetzen zu können. Voraussetzung für funktionierende Märkte und das Erreichen der europäischen Rohstoff- und Recyclingziele bis 2030 ist, dass die Herstellung und das Recycling von Rohstoffen in Deutschland und Europa nicht durch standortspezifische Sonderkosten bei Energie, Abgaben und Regulierung strukturell benachteiligt werden, da andernfalls Wertstoffe aus wirtschaftlichen Gründen in Drittstaaten abfließen. In einem technologieoffenen Ansatz ist die Anwendung mechanischer, lösemittelbasierter oder chemischer Recyclingverfahren der Marktpreisbildung zu überlassen und von ausschließenden regulatorischen Eingriffen abzusehen. Die Ziele für den Einsatz von Rezyklaten müssen sich technologieoffen am ökonomisch und technologisch Machbaren orientieren und einem qualitätsbewussten Recycling nicht entgegenstehen. Ferner gilt es, ein Level-Playing-Field für Rezyklate zu ermöglichen und die Berücksichtigung von Recyclingrohstoffen bei den Rahmensetzungen zur öffentlichen Vergabe zu stärken und mit diesem Nachfrageschub Sekundärrohstoffen den Marktzutritt zu erleichtern. Zentral hierfür ist auch eine klare, anwendungsbezogene Regelung zum Ende der Abfalleigenschaft: Für qualitätsgesicherte Sekundärrohstoffe sollte das Abfallende frühzeitig erreicht werden können. Dies schafft Rechtssicherheit und -klarheit, erhöht die Akzeptanz und erschließt zusätzliche Verwertungs- und Absatzmärkte.
- **Wiedergewinnung von Rohstoffen effizient und international steigern:** Dank ihres Know-hows und ihrer innovativen Technologien sind deutsche Recyclingunternehmen international führend. Für ein technologieoffenes und effizientes Recycling sollten wettbewerbsfähige Verfahren unter Berücksichtigung von Ökobilanzen und Massenstrombetrachtungen vorangebracht und ein Level-Playing-Field ermöglicht werden. Die Entwicklung von Pfand- und Leasingsystemen sollte bei dafür geeigneten Produkten marktwirtschaftlich ausgebaut werden. Zudem gilt es, Forschung und Investitionen in Sortier- und Verwertungsanlagen europäisch zu stärken und Exporte effizienter Recyclingtechnologien durch eine engere Verzahnung von Kreislaufwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen. Verpflichtende, pauschale und marktferne Rezyklatquoten sollten nur mit Bedacht und nicht ohne vorherige Folgenabschätzungen eingesetzt werden.
- **Effizienz von Materialströmen erhöhen:** Es gilt die Kreislaufführung von Rohstoffen in Europa zu stärken und mit branchenspezifischen Ansätzen die Wettbewerbsfähigkeit von Recyclingrohstoffen zu erhöhen. Hierbei ist entscheidend, negative Auswirkungen auf die Kreislaufwirtschaft durch REACH (Regulation on the registration, evaluation, authorisation and

restriction of chemicals) und Stoffbeschränkungen konsequent zu vermeiden und den risikobasierten Ansatz zu stärken. Der Einsatz von Sekundärrohstoffen bleibt bei zahlreichen Anwendungen durch Restriktionen im europäischen Produkt-, Chemikalien- und Abfallrecht als auch durch Industrienormen ausgeschlossen. Zur Auflösung von Zielkonflikten sind anwendungs-, stoff- und produktspezifische Evaluationen durchzuführen und abgewogene Anpassungen umzusetzen. Eine Beibehaltung des risikobasierten Ansatzes im Rahmen von Evaluationen ist dabei sicherzustellen. Für eine effektive Reduzierung etwaiger Materialabflüsse sollte die definitorische Abgrenzung von Produkten und Abfällen national und europäisch weiter angepasst werden. Bei grenzüberschreitenden Transporten von Abfällen in Recyclinganlagen gilt es, bürokratische Hürden abzubauen, damit Rohstoffe unbürokratisch und effizient einem marktgerechten Recycling zugeführt werden können. Europäisch sollten darüber hinaus Möglichkeiten geprüft werden, die Recyclingfähigkeit von Produkten in Verbindung mit ihrer Nutzungs- und Energieeffizienz zu verbessern. Gleichzeitig muss die illegale Verbringung von Abfällen durch einen konsequenten Vollzug des bestehenden Rechts verhindert werden. Für eine evidenzbasierte Rohstoffpolitik bietet sich die Etablierung eines Monitoringsystems für Sekundärrohstoff-Exporte und -Importe an. Der Import von falsch deklarierten und gefälschten Rezyklaten aus Drittstaaten muss unterbunden werden. Diese schwächen die heimische Kreislaufwirtschaft und verzerren die Wettbewerbsfähigkeit. Nur eine valide Datenbasis über relevante Stoffströme und Qualitäten schafft die Grundlage, um politische Rahmenbedingungen zielgenau an den Bedürfnissen der heimischen Wertschöpfung auszurichten. Um die Transparenz von Materialströmen zu verbessern, sind außerdem Potenziale der Digitalisierung zu heben.

- **Nutzungsintensivierung als marktwirtschaftlichen Hebel stärken:** Eine leistungsfähige Kreislaufwirtschaft darf nicht auf Abfallvermeidung und Recycling reduziert werden, sondern muss die gesamte Wertschöpfungskette in den Blick nehmen. Insbesondere nutzungsbasierte Geschäftsmodelle wie Mieten, Sharing, Pooling oder Product-as-a-Service können die Lebensdauer hochwertiger Investitionsgüter verlängern, Materialeinsatz reduzieren und gleichzeitig neue Wertschöpfungspotenziale erschließen. Solche Modelle stärken Qualität, Reparierbarkeit und Ressourceneffizienz marktwirtschaftlich und eröffnen insbesondere dem industriellen Mittelstand zusätzliche Wettbewerbschancen. Der Staat sollte diese Ansätze nicht durch zusätzliche Regulierung steuern, sondern im Rahmen bestehender Beschaffungs- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen technologieoffen berücksichtigen und so funktionierende Märkte ermöglichen. Ziel muss es sein, Nutzung und Effizienz vor Neuproduktion zu priorisieren, ohne Eigentumserwerb oder Recycling regulatorisch auszuschließen.

Kernforderungen

Die sichere, nachhaltige und kosteneffiziente Versorgung mit Rohstoffen ist eine Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgabe sowohl der Wirtschaft als auch der Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Bürokratische Hürden, geopolitische Herausforderungen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordern strategisches Denken und entschiedenes Handeln. Die Rohstoffbedarfe werden auch in Europa vor dem Hintergrund von Dekarbonisierungs- und Rüstungsvorhaben weiter steigen. Neben einer starken Kreislaufwirtschaft gilt es daher, die Bereitstellung von Primärrohstoffen in Europa zu stärken, statt auszubremsen. Der Wirtschaftsrat fordert:

- **Internationale Wettbewerbsfähigkeit entlang der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette sichern:** Exploration, Gewinnung, Verarbeitung, Recycling und Wiedergewinnung von Rohstoffen werden in Deutschland und Europa durch hohe Energiepreise, Abgabenbelastungen, regulatorische Zusatzanforderungen, Bürokratie, Berichtspflichten, langwierige

Genehmigungsverfahren und erschwerte Finanzierung strukturell benachteiligt. Diese standortspezifischen Kosten- und Zeitnachteile sind zügig und konsequent abzubauen. Ohne wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen bleiben Versorgungssicherheit und industrielle Wertschöpfung auf der Strecke und die europäischen Rohstoffziele bis 2030 unerreichbar.

- **Strategische Resilienz der Primärproduktion sichern:** Die energieintensive Primärproduktion metallischer Rohstoffe – etwa Aluminium, Kupfer oder Silizium – ist für industrielle Wertschöpfung, Verteidigungsfähigkeit und die Transformation unverzichtbar. Deutschland verfügt nur noch über sehr wenige Primärstandorte, deren Verlust nicht durch Importe aufgefangen werden kann. Um diese Kapazitäten zu erhalten, braucht es verlässliche energie- und industriepolitische Rahmenbedingungen sowie ein strategisches Resilienz-Instrument, das nationale Produktionskapazitäten schützt. Dazu gehören langfristige Sicherungsmechanismen wie Risiko- oder Resilienzboni, staatlich unterstützte Lagerhaltungsprogramme oder Bestellmengen für strategische Reserven, wie sie andere Industriestaaten bereits praktizieren.
- **Zusammenführung von Zuständigkeiten für Kreislaufwirtschaft, Rohstoffhandel, Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung auf Bundesebene:** Die Ausgliederung der Kreislaufwirtschaft als wesentliche Säule der Rohstoffversorgung ist im Sinne effektiven staatlichen Handelns zu beenden. Kreislaufwirtschaft, Rohstoffhandel, Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung müssen auf Bundesebene organisatorisch und fachlich im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie im parlamentarischen Ausschuss für Wirtschaft und Energie gebündelt werden.
- **Zusammenführung von Zuständigkeiten auf Landesebene:** Die im Critical Raw Materials Act anvisierte Zusammenlegung der behördlichen Zuständigkeiten auf Landesebene und die Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss zeitnah, branchenübergreifend und konsequent im Sinne der Beschleunigung umgesetzt werden.
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen und Rohstoffabbau beschleunigen:** Planungs- und Genehmigungsverfahren verhindern oder verzögern als Kostentreiber und kalkulatorisches Risiko umsetzbare Explorations- und Rohstoffgewinnungsprojekte, Investitionen in die Primärproduktion sowie Projekte der Kreislaufwirtschaft. Die Anzahl und Komplexität von Fachgutachten ist zu prüfen und gestützt auf die starken regulatorischen Rahmensetzungen des Verursacherprinzips zu verschlanken. Das Verbandsklagerecht ist in verhältnismäßiger Weise zurückzubauen, sodass die Anzahl und Dauer von Klageverfahren eingeschränkt werden.
- **Rohstofffinanzierung strategisch stärken:** Der Rohstofffonds ist deutlich aufzustocken und in seinem Anwendungskreis zu erweitern, um Investitionen in Gewinnung, Verarbeitung und Recycling kritischer Rohstoffe wirksam zu unterstützen. Ergänzend sind marktkonforme Finanzierungsinstrumente – einschließlich einer gezielten Öffnung der UFK – für inländische Explorations- und Rohstoffgewinnungsprojekte mit nachweislichem Beitrag zur Versorgungssicherheit auszubauen.
- **Marktzugänge für Kreislaufwirtschaft durch öffentliche Beschaffung erleichtern:** Die Berücksichtigung von Sekundärrohstoffen sowie Sharing- und Pooling-Modellen bei den Rahmensetzungen zur öffentlichen Vergabe gilt es, auszuweiten.
- **Abfallende definieren, Wiederverwendung ermöglichen:** Die Verarbeitung und der Einsatz von Sekundärrohstoffen werden aktuell in unverhältnismäßiger Weise regulatorisch erschwert. Eine klare und unbürokratische Abfallende-Definition ist dringend durch den Gesetzgeber zu schaffen.
- **Effizienz von Materialströmen erhöhen:** Der Einsatz von Sekundärrohstoffen bleibt bei

zahlreichen Anwendungen durch Restriktionen im europäischen Produkt-, Chemikalien- und Abfallrecht als auch durch Industrienormen ausgeschlossen. Zur Auflösung von Zielkonflikten sind anwendungs-, stoff- und produktspezifische Evaluationen unter Einbeziehung von Produzenten, Anwendern und Verwertern durchzuführen, abgewogene Anpassungen umzusetzen und der risikobasierte Ansatz beizubehalten.

- **Berichtspflichten verschlanken, Rechtsunsicherheiten abbauen:** Berichts-, Informations- und Veröffentlichungspflichten binden auch in der Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft in unverhältnismäßiger Weise Ressourcen und führen zu schwerwiegenden Rechtsunsicherheiten. Für die nächsten Jahre ist es dringend erforderlich, legislative Vorhaben zur Einführung neuer Berichtspflichten zurückzustellen und den Bestand gleichzeitig zu harmonisieren und entschieden zu vereinfachen. Insbesondere die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) und die darin enthaltene deliktische Haftung ist in der aktuellen Form zurückzunehmen. Gleiches gilt für die Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), deren einseitige Anwendung in Europa Wettbewerbsnachteile schafft, ohne global einen wirksamen Beitrag gegen Entwaldung zu leisten.
- **Rohstoffversorgung resilient und sicherheitsrelevant absichern:** Die energieintensive Primärproduktion von Rohstoffen – etwa Aluminium, Kupfer oder Silizium – ist für industrielle Wertschöpfung, Verteidigungsfähigkeit und Innovation unverzichtbar. Angesichts der hohen Importabhängigkeit bei strategischen Rohstoffen ist die Rohstoffversorgung daher stärker als Bestandteil wirtschaftlicher, industrieller und sicherheitspolitischer Resilienz zu begreifen. Um diese Kapazitäten zu erhalten, braucht es verlässliche energie- und industriepolitische Rahmenbedingungen sowie ein strategisches Resilienz-Instrument, das nationale Produktionskapazitäten schützt. Dazu gehören langfristige Sicherungsmechanismen wie Risiko- oder Resilienzboni, marktkonforme und nötigenfalls staatlich unterstützte Lagerhaltungsprogramme oder strategische Reserven, wie sie andere Industriestaaten bereits praktizieren.
- **CO₂-Abscheidung ermöglichen:** Die Produktion von Rohstoffen und die Behandlung von Abfällen sind CO₂-intensiv. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, dass die Abscheidung und Speicherung von CO₂ regulatorisch vollumfänglich ermöglicht und Planungssicherheit geschaffen wird. In einem technologieoffenen Ansatz sind dabei sowohl energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Einsatz von Prozessenergie als auch prozessbedingte CO₂-Emissionen, etwa bei der thermischen Behandlung von Abfällen oder der Zement- bzw. Kalkproduktion, zu berücksichtigen.
- **Rechtssicherheit für Investitionen schaffen:** Kreislaufwirtschaft muss technologieoffen gestaltet werden und der Kohlenstoff aus allen nicht-fossilen verfügbaren Quellen – inkl. Biomasse, Recycling und CCU – nutzbar gemacht werden. Dafür braucht es die rechtliche Anerkennung aller alternativen Rohstoffe, Recyclingverfahren und pragmatischer Massenbilanzmodelle.